

Dringliche Anfrage

Hannover, den 26.02.2018

Fraktion der FDP

Welche Zukunft haben die Ämter für regionale Landesentwicklung?

Am 1. Januar 2014 gegründet die rot-grüne Landesregierung die Ämter für regionale Landesentwicklung Braunschweig, Leine-Weser, Lüneburg und Weser-Ems. Ende 2014 beauftragte sie den Bochumer Verwaltungswissenschaftler Professor Jörg Bogumil mit einer wissenschaftlichen Evaluation der Ämter. Das Abschlussgutachten dazu haben Regionalministerin Honé und Professor Bogumil am 17. Januar 2018 in Hannover vorgestellt. In einer zu diesem Termin herausgegebenen Pressemitteilung der Staatskanzlei heißt es, die Ämter für regionale Landesentwicklung hätten ihr Potenzial noch nicht ausgeschöpft, da sie bisher nicht über entscheidende Kompetenzen verfügten. Die Landesverwaltung inklusive der Ämter solle nun zeitnah einer Revision unterzogen werden.

Ein Ergebnis des Gutachtens der Wissenschaftler unter Führung von Professor Bogumil lautet, „dass Niedersachsen als Flächenland bei den derzeitigen kommunalen Strukturen nur bei Inkaufnahme erheblicher funktionaler Defizite auf eine Mittelinstanz verzichten kann“ (Seite 53). Beispielhaft wird in diesem Zusammenhang die Explosion in einem Tanklager in Ritterhude genannt (Seite 54). Das Gutachten empfiehlt der Landesregierung, die Ämter für regionale Landesentwicklung mit zusätzlichen Zuständigkeiten u. a. in den Bereichen Infrastruktur, Naturschutz, Deich- und Küstenschutz sowie Gewerbeaufsicht auszustatten (Modell 2, Seiten 129 und 135). Eine weitere, darüber hinausgehende Möglichkeit sei die zusätzliche Verlagerung von Kompetenzen der Kommunalaufsicht aus dem Innenministerium in die Ämter (Modell 3, Seite 129). Dieses Modell wird im Gutachten als „kleine Bezirksregierung“ bezeichnet. Eine dritte mögliche Variante sei es demnach, den jetzigen Aufgabenbereich der Ämter nicht wesentlich zu verändern (Modell 1, Seite 129).

Über die bei diesem Thema in der rot-schwarzen Regierungskoalition bestehenden Differenzen berichtete die *Braunschweiger Zeitung* am 18. Januar 2018: „Ex-Innenminister Uwe Schünemann (CDU), der Bogumil oder zumindest dessen Positionen in herzlicher Abneigung verbunden ist, war wenig angetan. Das Gutachten lasse entscheidende Fragen wie zur Digitalisierung der Verwaltung aus, und im Fall Ritterhude seien die wesentlichen Versäumnisse 1998 und 2003 erfolgt - also mit Bezirksregierung.“ Gestützt auf das Bogumil-Gutachten „will aber zumindest der SPD-Teil der neuen rot-schwarzen Landesregierung die niedersächsischen Ämter für regionale Landesentwicklung ausbauen“, heißt es in der *Braunschweiger Zeitung*.

Wir fragen die Landesregierung:

1. Auf der Grundlage welcher Kosten und welcher zu erbringenden Leistungen im Vergleich zu anderen vorliegenden Angeboten wurde die wissenschaftliche Evaluation der Ämter für regionale Landesentwicklung an den Bochumer Verwaltungswissenschaftler Professor Bogumil vergeben?
2. Stimmt die Landesregierung der Schlussfolgerung aus dem Gutachten zu, „dass Niedersachsen als Flächenland bei den derzeitigen kommunalen Strukturen nur bei Inkaufnahme erheblicher funktionaler Defizite auf eine Mittelinstanz verzichten kann“, wenn ja, warum?
3. Bedeutet die Aussage in der Pressemitteilung der Staatskanzlei vom 17. Januar 2018, die Ämter für regionale Landesentwicklung hätten ihr Potenzial noch nicht ausgeschöpft, da sie bisher nicht über entscheidende Kompetenzen verfügten, dass diese entsprechend den Modellen 2 und 3 des Gutachtens zusätzliche Kompetenzen erhalten sollen, wenn ja, welches Modell mit welchen zusätzlichen Kompetenzen strebt die Landesregierung an?

Christian Grascha
Parlamentarischer Geschäftsführer

(Verteilt am 26.02.2018)